

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Wissenschaftsland
Sachsen weiter
profilieren



Seite 9:
Hintergrundinformationen
zur Polizeilichen
Kriminalstatistik 2015



Seite 11:
Ausländische Studenten
im Sächsischen
Landtag zu Gast

Ausgabe
3.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in den Aktuellen Debatten, die im April auf der Tagesordnung der Sitzungen des Sächsischen Landtags gestanden haben, wurde über hochschul-, wirtschafts- und innenpolitische Themen sowie über den Denkmalschutz diskutiert.

Erstmals setzten sich die Abgeordneten mit den Eckpunkten des neuen Hochschulentwicklungsplans auseinander, mit dem das Wissenschaftsland Sachsen weiter an Profil gewinnen soll. Er wird Planungssicherheit ohne Stellenkürzungen gewährleisten und den Entwicklungsrahmen für die sächsische Hochschullandschaft bis 2025 bilden. Einen weitgehenden Konsens über Fraktionsgrenzen hinaus gibt es im Sächsischen Landtag vor allem dann, wenn von der Staatsregierung Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Industriestandort Sachsen gefällt werden sollen. Diesmal verband die Fraktionen der Koalition und der Opposition die gemeinsame Sorge über den drohenden Arbeitsplatzverlust an den Standorten Bautzen und Görlitz des kanadischen Zugerstellers Bombardier.

Durch die kürzlich vorgelegte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 gelangte auch die sächsische Innenpolitik auf die Tagesordnung. Danach ist die Gesamtkriminalität gesunken und die Aufklärungsrate gestiegen. Besorgnis erregte die wachsende politisch motivierte Kriminalität. Die Diskussion hat mich in meiner eigenen Auffassung bestärkt, die ich in diesem Jahr bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht habe: Ein starker demokratischer Staat braucht eine starke Polizei.

Und schließlich wurde auch die Denkmalpflege im Plenum zum Thema erhoben. Sehr zu Recht. Denn nach der Verfassung des Freistaates Sachsen stehen Denkmale und andere Kulturgüter unter dem Schutz und der Pflege des Landes. Ohne Zweifel: Damit Sachsens Denkmalschutz nicht bröckelt, wird auch in Zukunft eine personell und qualitativ starke und kompetente Denkmalpflege gebraucht, wie sie unser Land selbst in schwierigen Zeiten immer ausgezeichnet hat. Nicht zuletzt dafür setzen sich die Abgeordneten des Landtags, die aus ganz Sachsen kommen und deshalb die Probleme in den Regionen und Wahlkreisen genauestens kennen, als Vertreter des ganzen Landes und aller Bürger weiterhin ein.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

32. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wissenschaftsland Sachsen weiter profilieren
CDU und SPD: Für Planungssicherheit
ohne Stellenkürzungen 4

32. Sitzung des Sächsischen Landtags
Drohender Arbeitsplatzverlust
DIE LINKE: Gründe für das hilflose Agieren der
Staatsregierung im Fall Bombardier 6

33. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wachsende politisch motivierte Kriminalität
CDU und SPD setzten die Polizeiliche Kriminalstatistik 2015
auf die Tagesordnung 7

Hintergrundinformationen zur
Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 9

33. Sitzung des Sächsischen Landtags
Bröckelt Sachsens Denkmalschutz?
GRÜNE fordern starke Denkmalpflege 10

AKTUELLES

»Das Schlimmste sind die Menschen, die wegschauen« 12

Flüchtlingskrise, Wirtschaftspolitik,
Stabilisierung der Eurozone
Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Union 16

EIN TAG MIT ...

»Man kann nicht alles in Gesetze gießen«
Ein Tag mit Kerstin Lauterbach, Vorsitzende des
Petitionsausschusses 14

WEGWEISER PARLAMENT

Wie parlamentarische Kontrolle funktioniert 17

SONDERTHEMA

Wegbereiterin der friedlichen Revolution in Leipzig
Katrin Hattenhauer 18

AUSSTELLUNG

»Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und
behinderte Menschen im Nationalsozialismus«
Ausstellung rückt Euthanasie-Opfer in den Mittelpunkt 20

GESCHICHTE

Die Landdinge der Mark Meißen als
gesellschaftlicher Zentralort 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titelmotiv: Besuch des polnischen Senatsmarschalls im Sächsischen Landtag //
Foto: R. Deutscher

Hochschulentwicklung, Industriestandort, Kriminalitätsbekämpfung

Foto: S. Giersch

// In der 32. Sitzung des Sächsischen Landtags am 20. April wurde in einer Aktuellen Debatte zum Hochschulentwicklungsplan diskutiert. In gleicher Sitzung wurde außerdem über Entscheidungen zur Zukunft des Industriestandortes Sachsen debattiert. Die Polizeiliche Kriminalstatistik insgesamt und die gestiegene politisch motivierte Kriminalität im Speziellen waren Gegenstand der 33. Sitzung am 21. April, außerdem stand die Stärkung des Denkmalschutzes in Sachsen auf der Tagesordnung. //



Wissenschaftsland Sachsen

CDU und SPD: Für Planungssicherheit ohne Stellenkürzungen

Uwe Nösner

// Auf der Tagesordnung der 32. Sitzung des Sächsischen Landtags am 20. April 2016 stand eine von den Fraktionen CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte zum Hochschulentwicklungsplan. Thema: »Hochschulentwicklungsplan: Wissenschaftsland Sachsen weiter profilieren – Planungssicherheit ohne Stellenkürzungen. Entwicklungsrahmen für die sächsische Hochschullandschaft bis 2025«. //

Aline Fiedler, CDU, bezeichnete die Hochschulentwicklungsplanung als Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik in Sachsen. Sie gebe den Hochschulen Planungssicherheit und auch der Stellenabbau sei damit vom Tisch. Die 14 Hochschulen mit unterschiedlichen Profilen und Schwerpunkten prägten das gesamte Land und setzten wichtige Impulse für die regionale Entwicklung. Sie seien unverzichtbare Partner, um genügend Lehrer, Ärzte und Juristen für den Freistaat auszubilden. Deshalb unterstütze ihre Fraktion die Aufstockung der Studienplätze für das Lehramt und

wolle auch die Zukunft der Pharmazieausbildung in Sachsen sichern.

Verlässliche Perspektive

Der Hochschulentwicklungsplan, so Holger Mann, SPD, lege für die nächsten acht Jahre das Fundament für die Hochschulen im Freistaat Sachsen. Sie erhielten erstmals seit 1993 Planungssicherheit ohne Stellenabbau. Jetzt werde umgesetzt, was im Koalitionsvertrag festgeschrieben sei. Mit der Erhaltung von 754 Stellen werde nachhaltig in den Wissen-

schaftsstandort Sachsen investiert und die Qualität in Forschung und Lehre gefördert. Zudem solle die Betreuungssituation an den sächsischen Hochschulen verbessert werden. Alle 14 staatlichen Hochschulstandorte blieben erhalten. Vor allem für Regionen außerhalb der drei Großstädte seien die Fachhochschulen, aber auch die Studienakademien ein regionaler und gesellschaftlicher Anker. Mit der Stärkung und Sicherung der Fachhochschulen werde der regionale Fachkräftebedarf gedeckt und Durchlässigkeit im Hochschulsystem befördert.

Entwurf liegt nicht vor

Falk Neubert, DIE LINKE, gab zu bedenken, dass der neue Entwurf des Hochschulentwicklungsplans und die Eckpunkte, die das Kabinett dazu beschlossen habe, überhaupt noch nicht vorlägen. Worüber aktuell diskutiert werden könne, sei lediglich eine dreiseitige Pressemitteilung und eine Pressemitteilung der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Das sei aus seiner Sicht eine unbefriedigende Situation und auch vor dem Hintergrund, dass der letzte Hochschulentwicklungsplan etwa 200 Seiten umfasst



// Aline Fiedler



// Holger Mann



// Falk Neubert



// Dr. Kirsten Muster



// Dr. Claudia Maicher

habe, keine Voraussetzung, dazu eine Aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag zu führen.

Parlament übergangen

Dr. Kirsten Muster, AfD, warf der Koalitionsregierung vor, dass das Parlament weder am Entwurf des Hochschulentwicklungsplans noch an den Diskussionen darüber beteiligt

einzig wirkliche Entwicklung, die in den Eckpunkten zu finden sei, beziehe sich auf die Studiendenzahlen. An den Fachhochschulen solle sie gehalten, aber insgesamt abgesenkt werden. Das sei eine falsche politische Entscheidung nicht nur für die Menschen, die nach Sachsen kommen wollten, sondern auch für die Hochschulen und besonders für die Hochschulstandorte in der Fläche.

Ein Novum in Sachsen

Wie Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange betonte, sei die aktuelle Hochschulentwicklungsplanung bis 2025 ein Novum in Sachsen. Erstmals könne ohne Stellenabbau geplant werden. Das gebe den Hochschulen Sicherheit und eine langfristige Perspektive. Ziel sei es, dass die Hochschulen ihre Aufgaben in Forschung,

Lehre und Wissenstransfer besser erfüllen könnten. Von staatlicher Seite würden Ziele und Handlungsaufträge nur so detailliert wie zwingend notwendig vorgegeben. Die Planung sei daher hinreichend flexibel über diesen langen Zeitraum auszugestalten, um den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, auf neue Herausforderungen und Tendenzen reagieren zu können bzw. selbst Motor derartiger Veränderungen zu sein. Für ausgewählte Staatsexamensstudiengänge mit besonderer Bedeutung sollten im Hochschulentwicklungsplan Planungsgrößen für das Jahr 2025 vorgegeben werden.

weiter profilieren

gewesen sei. Erst über Pressemitteilungen seien die Abgeordneten darüber informiert worden, dass das sächsische Kabinett 14 Vereinbarungen mit Hochschulen treffen werde. Sie fordere deshalb die Staatsregierung und deren Minister auf, das Parlament künftig ernst zu nehmen und die Mitglieder des Sächsischen Landtags kritisch zu beteiligen.

Kürzungen nicht vom Tisch

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, zog in Zweifel, dass die Stellenkürzungen tatsächlich vom Tisch seien. Das könne erst dann der Fall sein, wenn die Hochschulen dem Hochschulentwicklungsplan zugestimmt hätten. CDU und SPD rühmten sich heute der Erfolge, die deren Regierung noch gar nicht erzielt habe. Die



Erstmals kann ohne Stellenabbau geplant werden.

// Dr. Eva-Maria Stange

32. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Drohender Arbeitsplatzverlust

DIE LINKE: Gründe für das hilflose Agieren der Staatsregierung im Fall Bombardier

32. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Nico Brünler // Foto: S. Giersch

Wie Wirtschaftsminister Martin Dulig betonte, habe die Staatsregierung seit Herbst 2015 Kontakt mit Aufsichtsrat, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaften, da sein Ministerium seit dieser Legislaturperiode auch wieder gute Beziehungen zur Arbeitnehmerseite pflege. Die Klassenkampfrhetorik der Fraktion DIE LINKE auf Kosten der Arbeitnehmer nannte er verantwortungslos. Die Staatsregierung knüpfe an eine Unterstützung für Bombardier die Standortgarantie über 2018 hinaus. Nico Brünler, DIE LINKE, hingegen erklärte, dass die Gefahr von Massenentlassungen als Bedrohung ganzer Regionen bestehen bleibe, solange in Sachsen industriepolitisch weiter systematisch Monostrukturen gefördert würden. Es gehe seiner Fraktion nicht nur um die Situation bei Bombardier und die Folgen für die Lausitz. Sie wolle die Frage in den Mittelpunkt rücken, welche Zukunft Sachsen als Industriestandort generell habe. Viele einstige Leuchttürme seien in arge Bedrängnis geraten.

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE standen Entscheidungen über den Industriestandort Sachsen am 20. April 2016 auf der Tagesordnung der 32. Sitzung. Die Aktuelle Debatte befasste sich mit dem drohenden Arbeitsplatzverlust bei Bombardier und den Gründen für das vermeintlich hilflose Agieren der Staatsregierung. Der Konzern hatte angekündigt, weltweit Arbeitsplätze zu streichen. In den Werken in Bautzen und Görlitz sollen rund 900 Stellen betroffen sein. //

Standorte erhalten

Seine Fraktion, so Marko Schiemann, CDU, könne und werde nicht akzeptieren, dass gut ausgebildete Fachkräfte bei Bombardier entlassen würden, und erwarte die Erhaltung der sächsischen Standorte. Fraktionskollege Octavian Ursu kritisierte seinerseits, dass vom Management falsche Entscheidungen getroffen worden seien. Die Belegschaft habe das Recht auf eine verbindliche Aussage, wie die Standorte durch Spitzenprodukte und Innovationen langfristig gesichert werden könnten. Thomas Baum, SPD, stellte klar, dass es nicht Aufgabe der Politik oder

der Staatsregierung sei, Züge zu bestellen. Das, was seine Fraktion wolle, seien sozial verträgliche Lösungen unter Beteiligung aller. Es gelte, Fachkräfte und Kompetenzen an den Standorten zu erhalten. Den Menschen, die trotz aller Bemühungen ihren Arbeitsplatz verlören, müssten Alternativen aufgezeigt werden. Er sei sicher, dass der Wirtschaftsminister die richtigen Schritte unternehmen werde.

Bisher zu wenig getan

Wie Mario Beger, AfD, feststellte, habe die Staatsregierung in den vergangenen 25 Jahren zu

Uwe Nösner

wenig getan, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Sachsen zu stärken. Staatsstraßen seien löchrig, Bahnstrecken würden geschlossen, weniger als 50 Prozent der Haushalte hätten einen Breitbandanschluss. Der ländliche Raum müsse wieder attraktiv gemacht werden. Dann würden auch Unternehmen verstärkt und gern in den Standort Sachsen investieren.

Er, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, könne den Wirtschaftsminister nur unterstützen, wenn er klare Bedingungen für die weitere Förderfähigkeit setze, und ihn nur auffordern, dabei auch konsequent zu bleiben. Fördern könne bedeuten, entwicklungsfähigen Unternehmen bei der Krisenbewältigung zu helfen. Fördern heiße aber auch, Anreize zu setzen, um Unternehmensstrategien in Richtungen zu lenken, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse lägen.



33. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Christian Hartmann // Foto: R. Deutscher

Uwe Nösner

Wachsende politisch motivierte Kriminalität

CDU und SPD setzten die Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 auf die Tagesordnung

// Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD stand am 21. April 2016 die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 auf der Tagesordnung der 33. Sitzung des Sächsischen Landtags. Bei einer gesunkenen Gesamtkriminalität und einer gestiegenen Aufklärungsquote kann eine um rund 30 Prozent gewachsene politisch motivierte Kriminalität, vor allem im Zusammenhang mit dem Thema Asyl, festgestellt werden. Fazit: Ein starker Staat braucht eine starke Polizei. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen auf Seite 9. //

Die Polizeiliche Kriminalstatistik, so Christian Hartmann, CDU, zeige einen Rückgang der Straftaten und eine Steigerung der Aufklärungsquote. Die Herausforderungen der sächsischen Polizei seien durch ein erhöhtes Demonstrationsaufkommen im Freistaat gestiegen. Die Beamten hätten trotz der Belastung eine hervorragende Arbeit geleistet, wofür sie Dank und Respekt verdienten. Die Zahlen zeigten aber auch, welchen Problemfeldern sich Politik und Polizei künftig noch intensiver

widmen müssten. So sei eine negative Entwicklung bei Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen gewesen. Auch sei die politisch motivierte Kriminalität durch eine hohe Gewaltbereitschaft insbesondere von Rechtsextremen und Angriffe auf Asylbewerberheime stark angestiegen. Ebenso sei die Entwicklung des Linksextremismus besorgniserregend. Es sei egal, von welcher politischen Seite gewaltbereite Chaoten kämen – sie müssten konsequent verfolgt werden.

Keine Entwarnung

Auch nach Auffassung von Albrecht Pallas, SPD, zeige die Polizeiliche Kriminalstatistik deutlich den Handlungsbedarf für die Polizei, die Staatsregierung und den Sächsischen Landtag. Wie alle Statistiken müsse auch sie interpretiert werden. Denn sie spiegele nicht die tatsächliche Kriminalität wider, sondern zeige nur die Delikte, welche der Polizei bekannt seien. Daher seien die gesunkenen Straftaten noch

kein Grund zur Entwarnung. Besonders ernst sei der Anstieg der Gewaltkriminalität. Politisch motivierte Gewalt sei ein großes Problem, dem man sich stellen müsse. Ohne linksextreme Gewalt verharmlosen zu wollen, liege der Schwerpunkt beim Rechtsextremismus. Hier hätten sich die Gewaltdelikte mehr als verdoppelt, Angriffe auf Asylunterkünfte sogar vervierfacht. Die Festnahme von Verdächtigen der rechtsterroristischen Vereinigung »Gruppe Freital« mache den hohen Handlungsbedarf erneut deutlich.

Rein statistischer Effekt

Enrico Stange, DIE LINKE, bewertete die Polizeiliche Kriminalstatistik allenfalls als einen Anhaltspunkt. Sie dokumentiere



// Christian Hartmann



// Albrecht Pallas



// Enrico Stange



// Sebastian Wippel



// Valentin Lippmann

nur die registrierten bzw. aufgeklärten Straftaten. Wenn die Kriminalitätsentwicklung und der Zustand der Polizei vollständig erfasst werden sollten, müsse die Statistik in den Zusammenhang mit anderen Werten gestellt werden, etwa zur Zahl der offenen Vorgänge. So aber falle leider ein Schatten auf die Botschaft von der gesunkenen Gesamtkriminalität. Zwar verbuche man 2015 knapp 3,8 Prozent weniger Straftaten als 2014, aber im gleichen Zeitraum sei die Zahl der offenen Vorgänge um 28,8 Prozent angestiegen. Das Absinken der Gesamtzahl sei offenbar ein rein statistischer Effekt, weil die überlasteten Ermittlungsbehörden den Berg einfach nicht mehr abarbeiten könnten. Weil man die Kontrolltätigkeit heruntergefahren habe, seien noch weniger Straftaten registriert worden.

Volksverdummung

Auch seine Fraktion, so Sebastian Wippel, AfD, befürworte einen starken Staat und eine starke Polizei. Doch die sächsische Staatsregierung werfe mit ihrer Kriminalstatistik Nebelkerzen und betreibe Volksverdummung. Der nachlassende Kontrolldruck aufgrund fehlender Polizeibeamter verzerre die Statistik im Bereich Straßenverkehr und Drogenkriminalität. Im Bereich Ausländerkriminalität sei Sachsen zu einem Tummelplatz für Intensivtäter geworden, die zumeist das Asylrecht missbrauchten. Diese Kriminellen müssten endlich abgeschos-

sen werden. Ein starker Staat müsse die richtigen Zeichen setzen.

Handeln gegen rechts

Valentin Lippmann, GRÜNE, hinterfragte die Rolle der sächsischen Behörden beim Kampf gegen rechtsextreme Gewalt. In Sachsen werde seit Monaten

eine Kultur des Benennens, des Hinschauens und des Handelns gegen rechte Straftäter.

Debatte auch um Freital

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, ging im Zusammenhang mit politisch motivierter

gen, weil die Behörden in Sachsen zu zögerlich ermittelt hätten. Ganz im Gegenteil hätten die sächsischen Behörden eine bemerkenswerte Vorarbeit geleistet. Auf dieser Ermittlungsarbeit habe der Generalbundesanwalt aufbauen können. Es habe in dieser Angelegenheit schon seit längerer Zeit Konsul-



Die sächsischen Behörden haben eine bemerkenswerte Vorarbeit geleistet.

// Markus Ulbig

33. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

das Mantra des harten Durchgreifens des Rechtsstaates propagiert. Und dann brauche es erst die Bundesanwaltschaft, die mit der Kavallerie einreite, um die Handlungsfähigkeit des starken Staates tatsächlich unter Beweis zu stellen. Er fordere daher einen weit härteren Verfolgungsdruck gegen rechte Strukturen. Sachsen brauche

Gewalt auch auf die Lage in Freital ein. Dort hatte der Generalbundesanwalt zwei Tage zuvor fünf mutmaßliche Rechtsterroristen festnehmen lassen. Dabei versuchte er, den falschen Eindruck zu widerlegen, der Generalbundesanwalt habe die Ermittlungen an sich gezo-

tationen zwischen den Behörden in Sachsen und dem Generalbundesanwalt gegeben.



www.landtag.sachsen.de



33. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2015

Foto: S. Giersch

Innenminister Markus Ulbig und der Präsident des Landeskriminalamtes Sachsen, Dr. Jörg Michaelis, haben am 6. April 2016 die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2015 vorgestellt. Demnach wurden im Freistaat Sachsen im vergangenen Jahr 314.861 Straftaten registriert, 12.335 weniger als im Jahr 2014.

Die Polizei registrierte 94.463 Tatverdächtige, 3.676 weniger als ein Jahr zuvor. Die Aufklärungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr auf 55,7 Prozent gestiegen (2014: 54,8 Prozent). Die Entwicklung der Gesamtkriminalität in Sachsen wird durch den Rückgang der Eigentums kriminalität bestimmt. Delikte in diesem Bereich machen mit über 45 Prozent fast die Hälfte aller begangenen Straftaten aus.

Die Diebstahlsdelikte sind gegenüber 2014 um 8.210 (5,7 Prozent) zurückgegangen. 26,6 Prozent aller aufgeklärten

// Auf der Tagesordnung der 33. Sitzung des Sächsischen Landtags stand eine Aktuelle Debatte zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 (siehe Beitrag S. 7). Lesen Sie dazu die folgenden Hintergrundinformationen mit den wichtigsten Eckdaten. //

Fälle von Diebstahl unter erschwerenden Umständen wurden von Konsumenten harter Drogen begangen. 2009 lag dieser Anteil noch bei 15 Prozent.

Bei Wohnungseinbrüchen gab es einen Anstieg um 388 (zehn Prozent) auf 4.257 Fälle. Die Aufklärungsquote lag bei 20,7 Prozent (2014: 22,5 Prozent); die Aufklärungsquote im Bund 2014 bei 15,9 Prozent. Dass es sich lohnt, in den Einbruchschutz zu investieren, zeigt die Tatsache, dass über 40 Prozent der Wohnungseinbrüche im Versuch stecken geblieben sind.

Insgesamt gab es 3.087 Diebstähle von Kraftwagen. Die Aufklärungsquote liegt mittlerweile wieder bei fast 30 Prozent.

Bei der Rauschgiftkriminalität gab es erstmalig wieder einen Rückgang (-6,2 Prozent). Insgesamt wurden 9.834 Rauschgift delikte registriert. 43 Prozent waren Crystal-Delikte. Ein Indiz für die nach wie vor hohe Verfügbarkeit illegaler Betäubungsmittel ist der Anstieg der Sicherstellungsmengen bei fast allen Stoffgruppen: Crystal (15,6 Kilogramm; 2014: 13,1 Kilogramm), Kokain (50,5 Kilogramm; 2014: 23,3 Kilogramm), Haschisch (Großsicherstellung von 98,9 Kilogramm; 2014: 1,5 Kilogramm).

Die Kriminalität an der sächsischen Außengrenze (ohne ausländische Verstöße) ist um 8,9 Prozent zurückgegangen. Insgesamt wurden 20.250 Fälle

erfasst. Auch an der Grenze nahmen Diebstahlsdelikte mit knapp 46 Prozent fast die Hälfte aller Straftaten ein. Danach folgen Betrugsdelikte mit 11 Prozent und Sachbeschädigungen mit knapp 10 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem Thema »Zuwanderung« sind 6.283 Zuwanderer als Tatverdächtige erfasst. 604 mehrfach-/intensiv tatverdächtige Asylbewerber haben 6.412 Straftaten begangen. Es wurden 118 politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte und 58 Fälle von Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern registriert.

Eine vollständige Präsentation zur Kriminalitätsentwicklung im Freistaat Sachsen, die weitere Ausführungen enthält, finden Sie unter www.polizei.sachsen.de.



www.polizei.sachsen.de

Bröckelt Sachsens Denkmalschutz?

GRÜNE fordern starke Denkmalpflege

// Mit einer aktuellen Debatte zur Denkmalpflege ist die Aktuelle Stunde der 33. Sitzung am 21. April 2016 zu Ende gegangen. Sie war von der Fraktion GRÜNE beantragt worden, die einen Aderlass bei der Denkmalpflege in Sachsen befürchtet. Als Beleg führte die Fraktion unter anderem eine drastische Reduzierung der Personalstellen und eine Überalterung der Mitarbeiter an. //

Seit dem Jahr 2000, so Wolfram Günther, GRÜNE, seien die Personalstellen im Landesamt für Denkmalpflege von 62 auf 48 heruntergefahren worden. Diese Reduzierung werde durch das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten verschärft. Altersbedingt würden in den nächsten sechs Jahren etwa 20 Stellen frei, die nach jetzigem Stand nicht neu besetzt werden dürften. In den letzten anderthalb Jahrzehnten seien in Sachsen fast 5.000 Baudenkmale zerstört worden. Auch nach Auffassung von Oliver Fritzsche, CDU, müsse das Landesamt für Denkmalpflege so ausgestattet werden, dass es die ihm übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen könne. Angesichts der sich verengenden Personalstruktur müsse seitens der sächsischen Landespolitik mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß Einigkeit über die Wiederbesetzung von Stellen hergestellt werden. In dieser Frage wisse seine Fraktion auch den Innenminister an ihrer Seite.

Gesamtgesellschaftliche Frage

Enrico Stange, DIE LINKE, plädiere seinerseits nicht nur dafür, den Personalbestand des Landesamtes zu sichern, sondern auch dafür, den Denkmalschutz als gesamtgesellschaftliche Frage zu thematisieren, mit bildungspolitischen Inhalten zu verknüpfen und ihn mit der Landesentwicklung in Verbindung zu bringen. Während der Debatte über den Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 sollte sich der Sächsische Landtag ausführlich mit diesem

Thema befassen. Albrecht Pallas, SPD, gehe fest davon aus, dass die Personalproblematik dem Innenminister bewusst sei und er im Haushaltsplanentwurf für das Landesamt Vorsorge treffen werde. Es stimme ihn durchaus hoffnungsvoll, wenn er höre, dass die CDU-Fraktion ein Interesse daran habe, diese Einrichtung personell vernünftig auszustatten. Das lasse ihn hoffen, dass die wertvolle Arbeit des Landesamtes und auch der vielen Aktiven in der Denkmalpflege auf stärkere Füße gestellt werde.

// Wolfram Günther // Foto: R. Deutscher



Problematik erkannt

Nach Auffassung von Detlev Spangenberg, AfD, bröckelten die Denkmäler vor allem aufgrund von Problemen mit der Denkmalschutzbehörde. Viele Eigentümer denkmalgeschützter Häuser hätten mit dieser schlechte Erfahrungen gemacht und sich von ihr abgewandt. Zum Teil müssten die Bauherren bis zu zehn Jahre warten, ehe die Verfahren abgeschlossen werden könnten. Die Bearbeitungszeit müsse auf sechs Monate reduziert werden. Zudem mangle es den Mitarbeitern an Kompetenz.

Abschließend betonte Innenminister Markus Ulbig, dass Sachsen Denkmalland sei und es auch in Zukunft bleiben werde. Um dieses Thema müssten sich Landtag und Staatsregierung nicht nur regelmäßig Gedanken machen, sondern auch Engagement zeigen. Einen Grund, dass der Freistaat jetzt nicht in der Lage sei, die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, erkenne er nicht. Vielmehr erwarte er die Unterstützung des Landtags im Rahmen der Haushaltsplandiskussion.

Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit

// Etwa 20 ausländische Studenten besuchten am 8. April den Sächsischen Landtag und berichteten in einem Treffen mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und weiteren Landtagsabgeordneten über ihre persönlichen Erfahrungen mit Anfeindungen und Rassismus. //

Foto: Jonathan Stutz – fotolia.com



Fotos: Steffen Giersch

Katja Ciesluk und Markus Guffler

Die zarte Frau schildert dem Landtagspräsidenten sachlich, was ihr immer wieder passiert. Sie wird auf der Prager Straße, in der Dresdner Fußgängerzone, im Stadtbus und in der Straßenbahn immer wieder angepöbelt, beleidigt und bedroht – und zwar jeden Tag. Schimpfparolen in schlechtem Englisch hat sie anfangs noch gekontert. Nun versucht sie, sich daran zu gewöhnen, hat ständig Kopfhörer in den Ohren und sieht sich doch stets aufs Neue ungefilter-

tem Hass gegenüber. Mit diesen Erfahrungen ist sie leider nicht allein. Jeder der betroffenen Studenten, die der Einladung von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller zu einem Gespräch mit Abgeordneten aller Fraktionen im Sächsischen Landtag gefolgt waren, berichtet Aline Fiedler (CDU), Valentin Lippmann (GRÜNE), Stephan Meyer (CDU), Dr. Kirsten Muster (AfD), Falk Neubert (DIE LINKE) und Albrecht Pallas (SPD) Ähnliches.

// Gut 20 ausländische Studierende waren am 8. April 2016 im Sächsischen Landtag zu Gast. Hier schilderten sie den anwesenden Landtagsabgeordneten ihre persönlichen Erfahrungen zum Thema »Fremdenfeindlichkeit«. Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen, Rektor der TU Dresden, hatte das Treffen bei Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller angestoßen. //

Sinan, Irak, 21 Jahre, studiert Medizin, lebt seit 13 Jahren in Deutschland

»Ich liebe Deutschland, wo ich mit meiner Familie nach dem Irakkrieg eine neue Heimat gefunden habe. Leider erlebe ich immer wieder ausländerfeindliche Reaktionen oder Anfeindungen. Ich überlege mir sehr genau, ob ich meine ehrliche Meinung sage, wenn

ich auf der Straße nach meiner Religion oder nach meiner Einschätzung der Flüchtlingskrise gefragt werde. Mein Vorschlag für Dresden wäre es, den Versammlungsort der Pegida-Demonstrationen an eine weniger zentrale Stelle zu verlegen.«

»Das Schlimmste sind die Menschen, die wegschauen«



»Wir haben uns daran gewöhnt«

Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen, hatte das Treffen angeregt. Die Studenten schildern den Abgeordneten aus eigenem Erleben ihre Sorge und Angst, ausgelöst durch Diskriminierung, Gewalt und Rassismus in Dresden. Sie sind grundsätzlich sehr zuversichtlich, sprechen Deutsch, manchmal sogar mit sächsischen Worten, wechseln bei Bedarf sicher ins Englische und beschreiben genau und analysierend. Jedes Statement beginnt mit einem Lob für die wunderbare Stadt und die guten Studienchancen. Dann folgen sehr persönliche Schilderungen. Sie haben körperliche Gewalt, Todesangst und Ekel erfahren müssen. Nach ihrem Empfinden, so die Studenten, habe sich die Situation seit Beginn der Pegidabewegung verschärft. Besonders an Montagen seien die Beleidigungen und Bedrängungen im öffent-

lichen Raum zu erleben. Betroffenen mache sie vor allem das tatenlose Zusehen der Mitmenschen, wenn es zu verbaler und körperlicher Gewalt komme. Eine junge Doktorandin beklagt außerdem, dass es schwierig sei, in Lerngruppen deutsche Partner zu finden. »Erst wenn sie merken, dass du schlau bist, wirst du gefragt.« Und nahezu jeder schließt mit der Erklärung, eigentlich sehr gern in Dresden weiter studieren, forschen oder promovieren zu wollen. Jetzt mache sich aber ein Gefühl breit: Durchhalten und weg aus Dresden, wenigstens am Wochenende oder zum Praktikum.

Konstruktiv das Gespräch fortsetzen, damit sich die Situation ändert

Der Landtagspräsident und der Rektor hören aufmerksam zu. Es gibt wenig Nachfragen, denn die Studenten beschreiben genau und eindringlich.

Sie ergänzen einander, obwohl sie sich untereinander kaum kennen. Nach fast drei Stunden fasst der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth die Schilderungen zusammen.

Zu diesem Zeitpunkt ist eine Entscheidung bereits gefallen, denn das kann es jetzt nicht gewesen sein. Weder Abgeordnete noch Studierende wollen an diesem Freitagabend einen Haken hinter das Gespräch setzen. Der Dialog muss konstruktiv fortgeführt werden. Rektor und Landtagspräsident nehmen die Vorschläge aus der Gruppe sofort auf. Sie versprechen eine kurzfristige Fortsetzung an der Universität, mit einem erweiterten Teilnehmerkreis. Dann sollen – wenn möglich – noch mehr Verantwortungsträger an den Tisch geholt werden: der Oberbürgermeister sowie Vertreter der Verkehrsbetriebe und der Polizei. Damit sich die Bedingungen für ausländische Studenten und Wissenschaftler spürbar verbessern.

Sami, Jordanien, 21 Jahre, studiert Maschinenbau in Dresden seit knapp drei Jahren

»Freunde fragen mich immer, wieder, warum ich nicht die Universität wechsele. Ich möchte es nicht, mir gefällt es hier. Beleidigungen und Beschimpfungen gehören zum Alltag in der Stadt. Wir haben uns daran gewöhnt ... Bei einem fremdenfeindlichen Angriff auf der Prager Straße wurde ich verletzt und habe meine Brille verloren. Reaktion eines Polizisten: »Bist du jetzt blind, oder was?«. Die Beamten auf der Polizeidienststelle im Hauptbahnhof waren dann aber sehr nett zu mir. Die Situation hier ist sehr ernst. Viele von uns haben Angst. Wir möchten gemeinsam mit der Politik ein starkes Signal dagegensetzen. Für Dresden.«

Taiwo, Nigeria, 30 Jahre, studiert Klinische Psychologie und Psychotherapie in Dresden seit 2014

»Ich bin vor zwei Jahren zum Studium nach Dresden gekommen, weil Freunde mir die Stadt empfohlen haben. Doch seit Pegida änderte sich die Situation. Die Fremdenfeindlichkeit hat deutlich zugenommen. Beschimpfungen wie »Was machst du immer noch hier?« oder »schwarze Wurst« musste ich mir schon anhören. Ich habe Angst, versuche aber, diese nicht zu zeigen. Montags fahre ich grundsätzlich nicht mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich möchte doch einfach nur hier studieren. Ich habe schon überlegt, mich exmatrikulieren zu lassen. Jetzt habe ich erst einmal ein Urlaubssemester eingelegt.«



»Man kann nicht alles in Gesetze gießen«

Ein Tag mit Kerstin Lauterbach, Vorsitzende des Petitionsausschusses

Hans-Peter Maier

// Es ist ein Verfassungsrecht, von dem natürlich jeder Gebrauch machen kann: In den Artikeln 35 und 53 der Sächsischen Verfassung ist das Petitionsrecht beschrieben. Folgerichtig hat der Sächsische Landtag einen eigens dafür zuständigen Ausschuss eingerichtet. Der Vorsitz liegt bei Kerstin Lauterbach (DIE LINKE). Wir haben sie einen Tag lang begleitet. //



In der Tür zu ihrem Büro steht eine zierliche, freundlich lächelnde Frau mit wachem Blick und einer Ausstrahlung, die Kompetenz und Gelassenheit gleichermaßen transportiert. Kerstin Lauterbach, so ist im »Volks-handbuch« des Sächsischen Landtags nachzulesen, stammt aus Halle/Saale, lebt aber in Großenhain und ist dort Stadträ-

tin gewesen, von 2004 bis 2006, und nun wieder seit 2009. Als Abgeordnete und Mitglied des Sächsischen Landtags feiert sie in diesem Jahr ihr Zehnjähriges.

Kerstin Lauterbach ist Berichterstatterin für die Beratung einer Petition, die sich mit Tier- und Naturschutz im Rahmen des Landesjagdgesetzes befasst. Als einmalig bezeichnet sie nun die

Tatsache, dass ihr die Fraktionen »vollständig« den Rücken gestärkt hätten, die Petenten in Sachen »Rotwild in Sachsen« zu einer informellen Anhörung einladen zu können. Der Vorwurf, den die Petenten gegenüber dem Gesetzgeber formulieren, ist so klar wie kurz: »Die Auslegung des Landesjagdgesetzes schadet dem Tier- und Naturschutz.«

Abschuss zu früh?

Die Vorwürfe richten sich gegen den Staatsbetrieb Sachsenforst, der beispielsweise durch den »Gruppenabschlussplan« dafür verantwortlich sei, dass Jungtiere – noch nicht »ausgesäugte Jungtiere« – bereits im Januar eines Jahres zum Abschuss freigegeben würden. Dies Sorge für eine »extrem schmerzhaft« Verhärtung des nun nicht mehr benötigten Gesäuges bei den Kühen. Dieser Umstand führe recht häufig zu Krebs bei den Muttertieren.

Absolut perfide nannten »NABU« und die im Erzgebirge angesiedelte »Hege- und Pflegegemeinschaft« die Feststellung von »Sachsenforst«, das Rotwild zerstöre die Aufforstung durch Verbiss. »Wenn«, so einer der Petenten, »die Stellen für die Nahrungsaufnahme immer mehr reduziert werden, dürfen wir uns nicht erstaunt zeigen, wenn die Tiere das fressen, was noch für sie erreichbar ist!«

Schließlich sei es nicht wirklich hilfreich, kritische und widersprechende Stimmen in die Nähe von »dumpfen Nörglern« zu setzen: »Ich bin ein Freund des Erzgebirges, seines Waldes und seines Wildes«, erklang es trotzig.

Am Ende steht Zukunftsorientiertes: »Wir brauchen ein Rotwildmanagement im Rahmen einer konzertierten Aktion und keinen Oktroi, der den Erhalt des Rotwilds mittelfristig unmöglich macht!« Lauterbach zeigt sich zufrieden ob der Darstellung nun auch der Petenten.

Äußerst unpräzise leitet Kerstin Lauterbach am Nachmittag die Sitzung des Ausschusses. Alle Mitglieder des Landtags (MdL) hatten sich zuvor in Arbeitskreisen zu den anhängigen Petitionen beraten und äußern im Ausschuss Änderungs- und Ergänzungswünsche. Die Erfahrung aus der Arbeit im Petitionsausschuss – Mitglied ist sie dort seit 2006, den Vorsitz hält sie seit 2014 – hilft ihr, aufbrausende Gemüter schnell zu beruhigen.



Fotos: R. Deutscher



auch mal der Staatsregierung, nicht immer vollständig und umfassend beantwortet.« Das sei misslich, liege aber im Bereich des »Normalen« und sei im Allgemeinen nicht auf Faulheit oder gar Böswilligkeit zurückzuführen. Das Recht auf Petition verkürze Abstände zwischen Politikern und Bürgern. Das wiederum gehe nicht ohne Verständnis und Einfühlbarkeit in Gesetze gegossen werden. An dieser Stelle sei ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Petitionsdienstes angebracht,

kommen. Gestalten sei da manchmal wirklich nicht einfach. Die Arbeit in der Opposition sei wahrlich nicht immer schön, aber sie sei wichtig. »Und«, fügt sie lächelnd hinzu, »der Kontakt zur Basis ist entscheidend, um bodenständig zu bleiben.«

Kerstin Lauterbach ist vor allem die Arbeit mit und für die Jugend wichtig. Diese Arbeit nahe an den Menschen hat sie nahezu ihr »ganzes politisches Leben« hindurch begleitet. Mit großer Gelassenheit akzeptiert sie das manchmal Aufreibende und Anstrengende an ihr. »Wir müssen uns den Bürgern und



Die mitgereisten Kommunalpolitiker verwiesen darauf, dass für die verantwortlichen Abgeordneten auch die Verpflichtung bestehe, die Schöpfung zu erhalten und nicht, sie zu torpedieren. Die Qualität und die Bürgernähe einer Regierung könnten eben vor allem an ihrem Umgang mit Natur und Umwelt gemessen werden.

Fragen nicht immer vollständig beantwortet

Das Grundrecht auf Petition aufrechtzuerhalten, sei eine zentrale, aber – vor allem was den Arbeitsaufwand betreffe – nicht zu unterschätzende Aufgabe: »Fragen der Petenten werden von Institutionen,



die stets neutral und sachorientiert beraten und mitdenken würden.

»Politik ist für mich die Kunst, dem Bürger das Engagement für ihn zu erklären!« Die Arbeit im Parlament sei die Theorie, die zur täglich neu zu erfindenden Praxis gehöre. Es gelte, einen Spagat zwischen »Eile« und »Weile« hinzube-

vor allem den jungen Menschen zeigen, mit ihnen reden und ihre Sorgen ernst nehmen!« Sie lächelt und bleibt dennoch ernst: »Dazu müssen wir sie aber erst einmal kennen!«



www.landtag.sachsen.de/de/mitgestalten/petition



// Oben: Dr. Matthias Röbner, Monique van Daalen, Richard Kühnel // Fotos: S. Füssel

Flüchtlingskrise, Wirtschaftspolitik, Stabilisierung der Eurozone

Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Union

Katja Ciesluk

»Größter Stresstest der jüngeren Geschichte«

Die Europäische Union erlebe derzeit den größten Stresstest ihrer jüngeren Geschichte, umriss van Daalen gleich zu Beginn der gut einstündigen Stippvisite im Europaausschuss die aktuelle Situation Europas. Nur zusammen und vor allem nur auf der Basis der gemeinsamen Werte – Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand – könne Europa die derzeitigen Herausforderungen meistern, waren sich Monique van Daalen und Richard Kühnel einig. Die EU müsse sich dazu in ihrer Arbeit konsequent auf das Wesentliche konzentrieren. Unerlässlich sei es, noch stärker den Kontakt zu den Bürgern zu pflegen, europäische Entscheidungsprozesse transparent zu machen und die Regionen noch stärker als bisher einzubinden.

// Am 5. April 2016 absolvierte Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, seinen Antrittsbesuch in Dresden. Neben Gesprächen mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Stanislaw Tillich stand ein Besuch im Europaausschuss des Sächsischen Landtags auf dem Programm. Hier erläuterte der Diplomat aktuelle Beschlüsse und Lösungsansätze der europäischen Politik. Die niederländische Botschafterin Monique van Daalen informierte über die Prioritäten ihres Landes, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat. //

Bewältigung der Flüchtlingskrise im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt der Arbeit stehe derzeit die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Jedem Land müsse bei der Suche nach Lösungen klar sein, dass die innere und äußere Sicherheit immer stärker miteinander verbunden seien. Die Gäste verwiesen auf das tags zuvor in Kraft getretene Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Dies sei ein »sehr wichtiger Schlüsselbaustein« der EU-Flüchtlingspolitik, denn nur auf dessen Basis könne die zuletzt stark ins Wanken geratene europäische Solidarität wiederhergestellt werden, so Kühnel.

Außerdem arbeite Europa derzeit mit Hochdruck daran, eine gemeinsame Küstenwache

zu installieren. Bis Juni dieses Jahres solle ein europäisches Küstenregime zum Schutz der Außengrenzen auf den Weg gebracht werden. Der Plan sei zeitlich »extrem ambitioniert«, verdeutliche jedoch einmal mehr die neue Philosophie der EU, die Gesetzgebung in ausgewählten Bereichen zu beschleunigen und damit Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Parallel müsse die EU sich natürlich auch um die Ursachen der Fluchtwellen kümmern.

Die Stärkung der Wirtschaftskraft und der Beschäftigung, das Vorantreiben der Digitalisierung, die Stabilisierung der Finanzpolitik sowie eine zukunftsgerechte und nachhaltige Klima- und Energiepolitik seien weitere Punkte, die sich die Niederlande für die Zeit ihrer am 30. Juni 2016

endenden Ratspräsidentschaft auf die Agenda geschrieben hätten, so van Daalen.

Die Zeit verflieg angesichts der Fülle der Themen, die eine ausführliche Diskussion mit den Ausschussmitgliedern wert gewesen wären, viel zu schnell. So konnten die Fragen der Abgeordneten nach Initiativen der EU zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit, zur Förderung des Mittelstandes oder zur Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene bestenfalls angerissen werden. blieb Richard Kühnel nur noch, Sachsen zu seinem gelungenen wirtschaftlichen Aufholprozess zu beglückwünschen, auch wenn dies bedeute, dass künftig weniger EU-Mittel in den Freistaat flössen. Dennoch sei dies ein Fortschritt.

Wie parlamentarische Kontrolle funktioniert

Hans-Peter Maier

Böse Zungen behaupten, auch und vor allem im politischen Leben sei Vertrauen zwar gut, Kontrolle in jedem Fall aber besser. In den Verfassungen der deutschen Länder und im Grundgesetz ist jedenfalls festgelegt, dass eine Aufgabe des Parlamentes darin bestehe, die jeweilige Regierung zu kontrollieren.¹ Für den Freistaat Sachsen findet sich diese Gewaltenteilung in Artikel 39 Absatz 2 der Verfassung.

Diese Notwendigkeit ergibt sich insbesondere durch die personelle Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, wie sie durch die Wahl des Ministerpräsidenten durch das Parlament (vgl. Art. 60) und seine mögliche Abwahl durch die Wahl eines Nachfolgers mit der Mehrheit der Abgeordneten (Misstrauensvotum, Art. 69) deutlich wird.²

Weiterhin stehen dem Sächsischen Landtag gemäß Art. 50 der Verfassung zum einen ein umfassendes Informations- und Fragerecht zu, wonach die Staatsregierung Rede und Antwort stehen muss. Zudem hält das Parlament auch das »Budgetrecht«. Der Haushalt wird im Plenum beraten und beschlossen. Gemeinhin wird das Budgetrecht auch als »Königsrecht« bezeichnet, da es der Legislative die Hoheit über die Finanzen einräumt. Schließlich steht dem Parlament auch das Recht zu, politische Sachverhalte einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Dieses »Untersuchungsrecht« ist im Artikel 54 der Verfassung ausführlich unterfüttert.

Wichtige Frageinstrumente

In der zu Beginn einer Wahlperiode beschlossenen Geschäftsordnung (GO) legt der Landtag fest, wie die einzelnen Möglichkeiten der parlamentarischen Informationsbeschaffung funktionieren. Danach kann jedes Mitglied des Landtags (MdL) über den Präsidenten des Parlamentes der Staatsregierung eine schriftlich formulierte Frage (»Kleine Anfrage«) zur Beantwortung vorlegen.³ Bei »erheblicher oder grundsätzlicher politischer Bedeutung« sind auch »Große Anfragen« möglich.⁴ Des Weiteren ist die Befragung der Staatsminister⁵ ein wichtiges Frageinstrument, das durch das Zitierrecht⁶ noch verstärkt wird. Nur in Ausnahmefällen kann die Auskunft verweigert werden,⁷ was eine Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof nach sich ziehen kann.



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Vierter Abschnitt
Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten
§ 16
Parlamentarische Kontrollkommission
Die Sächsische Staatsregierung unterliegt dem Landtag hinsichtlich der Verwaltung des Staatsministeriums des Innern für den Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzkommission des Sächsischen Landtages und seiner Ausschüsse für parlamentarische Kontrolle.

Fotos: S. Giersch



Sächsischer Landtag
5. Wahlperiode
Kleine Anfrage
der Abgeordneten Verena Meiwald, MdL
Fraktion DIE LINKE
Thema: Fördermittel 2013 / 2014
Frage an die Staatsregierung:

Untersuchungsausschüsse

Ein Begriff, der irgendwie über allem steht, was mit politischer, besser: parlamentarischer Kontrolle zu tun hat, ist Gerechtigkeit. Aus römischer Zeit⁸ ist uns die Definition überliefert, dass Gerechtigkeit der »feste und dauernde Wille« sei, »jedem sein Recht zuzuteilen«. Die Dame Justitia ist stets mit Waage und Schwert abgebildet, was Ausgleich und Streitbarkeit im Zeichen dieses Ziels gleichermaßen symbolisieren soll.

Dieser Denkweise folgend, wird das Untersuchungsrecht – also das Recht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (UA)⁹ – als »schärfstes Schwert« der parlamentarischen Kontrolle bezeichnet. Dieses Recht beschreibt weitreichende Befugnisse des Ausschusses, wie man sie sonst nur von Gerichten kennt: Eine Befragung von Zeugen gehört genauso zu den Rechten wie die Anforderung von Akten. Dies kann zu logistischen Engpässen führen, wenn es sich um sehr umfangreiche Akten handelt. Doch dem verfassungsmäßigen Recht des Ausschusses muss entsprochen werden.

¹ so festgelegt im Artikel 39 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen | ² vgl. auch § 66 GO | ³ vgl. § 56 GO | ⁴ vgl. §§ 57, 58 GO | ⁵ vgl. §§ 54 und 54a | ⁶ so festgelegt im Artikel 49, Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen | ⁷ so festgelegt im Artikel 51, Absätze 1 und 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen | ⁸ Ulpian, 170–228 n. Chr. | ⁹ vgl. Artikel 54 der Verfassung des Freistaates Sachsen und § 26 GO



// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet und endet mit dieser Folge. //

Die Leipzigerin Katrin Hattenhauer war trotz oder gerade wegen ihrer Jugend eine der mutigsten Wegbereiterinnen für den Sturz der SED-Diktatur. Als sie am Montag, dem 4. September 1989, erst 20 Jahre alt, an der Spitze von etwa 200 Protestierenden aus der Nikolaikirche den Protest in den öffentlichen Raum trug und gemeinsam mit einer anderen Aktivistin in ihrer Heimatstadt ihr Plakat »Für ein offenes Land mit freien Menschen« entrollte, flimmerte diese Szene über die westdeutschen Bildschirme. Die Aktion war sorgfältig vorbereitet, westdeutsche Korrespondenten waren gezielt benachrichtigt worden. Heute gilt diese Demonstration als die erste Montagsdemonstration. Katrin Hattenhauer nahm kein Blatt vor den Mund und sagte dem totalitären System kompromisslos den Kampf an.

Oppositionelle Bestrebungen

Katrin Hattenhauer wurde am 10. November 1968 im thüringischen Nordhausen als Tochter einer Krankenschwester (der

Vater starb vor ihrer Geburt) geboren. In der DDR war es ihr versagt, das Abitur zu erlangen. Frühzeitig politisch aktiv (ein Schlüsselereignis: die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986), engagierte sie sich am Theater in Nordhausen als Puppenspielerin und Kulissenmalerin und absolvierte eine Ausbildung zur Facharbeiterin für Schreibtechnik. Nach einem Praktikum in der Dresdener Zions-Gemeinde wurde sie 1988 für ein Studium der Theologie an der Kirchlichen Hochschule Leipzig aufgenommen, das sie im Februar 1989 aufgrund staatlichen Drucks auf die Hochschule abbrechen musste. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie bereits regelmäßig zu Verhören abgeholt. Da der Staat die Aufnahme regulärer Arbeit verhinderte, verdiente sie ihren Lebensunterhalt durch Hilfsarbeiten – u. a. durch Putzen in der Psychiatrie und das Abschreiben von Noten. Seit 1988 war sie im Arbeitskreis Gerechtigkeit aktiv, einer oppositionellen Gruppe in Leipzig, und beteiligte sich bei den Friedensgebeten an vorderster Front, kein Risiko scheuend. Mit anderen rief sie zum Boykott der Kommunal-

wahlen am 7. Mai 1989 auf und nahm am 8. Mai im Anschluss an das Friedensgebet an einer Demonstration gegen die Wahlfälschungen teil.

Katrin Hattenhauer wurde, etwa wegen verschiedener Plakataktionen, mehrfach »zugeführt«, so am 10. Juni 1989 anlässlich eines von ihr zusammen mit Jochen Lässig organisierten und nicht genehmigten Straßenmusikfestivals unter dem Motto »Freiheit mit Musik«. Ziel des Straßenmusikfestivals war es, in der Leipziger Innenstadt eine Solidarisierung zwischen aktiven Oppositionellen und der Bevölkerung herzustellen. Bei den Verhören gab sie sich einsilbig: »Frage: Wie gelangten Sie auf den Marktplatz? Antwort: Das ist Ihr Job und nicht meiner. Frage: Welchem Zwecke diene Ihr »Musikmachen«? Antwort: Ich wollte mit meiner Musik die Menschen auf dem Marktplatz vor dem Alten Rathaus in Leipzig erfreuen. Dazu haben wir uns getroffen und Musik gemacht. Ich spielte Flöte und war dann nur Zuschauer. Frage: Wer beteiligte sich noch daran? Antwort: Mit Ihnen rede ich nicht mehr. Frage: Wo musizierten Sie? Antwort: Wären Sie

doch gekommen und hätten sich das angesehen.«

Später unternahm sie eine Fastenaktion, den Staat und das Ministerium für Staatssicherheit, das gegen sie eine Operative Personenkontrolle (»Meise«) eingeleitet hatte, massiv provozierend. Anders als andere Oppositionelle arbeitete Katrin Hattenhauer auch mit den sogenannten »Ausreisern« zusammen, die den Weg in den Westen anstrebten, auch wenn sie für sich diesen Weg ablehnte.

4. September 1989

Zum ersten Leipziger Friedensgebet nach der Sommerpause am Montag, dem 4. September 1989, planten Katrin Hattenhauer und ihre Mitstreiterin Gesine Oltmanns eine Aktion. Sie wollten mit einer provokativen öffentlichen Demonstration die lähmende Resignation innerhalb weiter Teile der Bevölkerung überwinden. Vor den von ihnen gezielt benachrichtigten westlichen Kamerateams entrollten sie auf dem Nikolaikirchhof ihre zuvor in die Nikolaikirche geschmuggelten Pla-

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Wegbereiterin der friedlichen Revolution in Leipzig

Katrin Hattenhauer

kate. Die Demonstration wurde ein voller Erfolg, denn die Bilder mit dem Schriftzug »Für ein offenes Land mit freien Menschen«, die einen Signaleffekt hatten, gingen zum Leidwesen der Herrschenden um die Welt und über das Westfernsehen vor allem in die Wohnungen der DDR-Bürger. Zwar entriß die Staatssicherheit den Demonstranten die Plakate – Katrin Hattenhauer wurde an den Haaren niedergerissen –, aber sie nahm unter den Augen der Westmedien niemanden fest. Im Anschluss an das Friedensgebet am nächsten Montag wurde Katrin Hattenhauer gezielt festgenommen und blieb bis zum 13. Oktober 1989 teilweise in Isolation in Untersuchungshaft der Staatssicherheit, wo sie trotz brutaler Verhörmethoden keine Aussagen machte. So konnte sie also bei der großen Leipziger Demonstration am 9. Oktober, dem »Tag der Entscheidung«, wie es vielfach heißt, nicht dabei sein. In der Abgeschiedenheit der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit glaubte sie, Panzer würden rollen. Es waren aber die Schritte von inzwischen 70.000 Protestierenden, die auch ihre Freilassung forderten und bewirkten.

Die Entwicklung überschlug sich. Wie in Leipzig gingen Menschen im ganzen Land auf die Straße. Später sagte Katrin Hattenhauer, die in Berlin ihren Geburtstag feierte: »In der Nacht



des Mauerfalls bin ich 21 geworden. Es war für mich ein Geschenk, wie eine Belohnung für all das, was ich erlebt hatte. In dieser Nacht waren diese beiden Seiten Deutschlands wahrscheinlich am engsten miteinander verbunden. Es war das, was ich mir gewünscht hatte. Ich bin nie davon ausgegangen, dass die Bundesrepublik oder irgendein anderes Land das perfekte System ist. Ich war immer der Meinung, dass es ein Gebilde bleibt, an dem man mitarbeitet und das dadurch vielleicht etwas besser wird.« Obwohl sie ursprünglich nicht



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

die deutsche Einheit angestrebt hatte, sah sie in ihr bald eine folgerichtige Weiterentwicklung der Freiheitsrevolution.

Leben und Engagement nach 1989

Katrin Hattenhauer gründete zunächst das Archiv Bürgerbewegung Leipzig mit, wandte sich jedoch bald der Kunst zu. Seit vielen Jahren ist sie freischaffende Künstlerin. Ihre Bilder, die sich häufig auf »Freiheit« beziehen, sind in Ausstellungen im In- und Ausland zu sehen, auch in den USA. In den letzten Jahren arbeitete Katrin Hattenhauer an Installationen im öffentlichen Raum, so beim Projekt »Müllwiese«, mit dem sie auf die Verschmutzung der Weltmeere aufmerksam macht, oder mit der Installation »Über das Verschwinden«, bei der es um den Mord an politischen Häftlingen geht. Zuweilen tritt die nach wie vor Engagierte, die die Gleichgültigkeit vieler Menschen mit Blick auf Ungerech-

Literatur:
Gerold Hildebrand, Für ein offenes Land mit freien Menschen. Eine 89erin über Befreiung und Freiheit, in: Gerbergasse 18, Heft 1/2008, S. 29–31.

Thomas Meyer, Die Freiheit wagen. Am 9. Oktober 1989, dem Tag der Entscheidung, sitzt Katrin Hattenhauer im Gefängnis, in: ders. (Hrsg.), Helden der Friedlichen Revolution. 18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig, Leipzig 2009, S. 144–149.

Katrin Hattenhauer, »Schieß doch, Du Arsch«, in: Magazin Kontraste, S. Scheffke, (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999).

Katrin Hattenhauer, »Für ein offenes Land mit freien Menschen«. Interview mit Ulrike Zander, in: MuseumsMagazin (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3/2014), pp. 34/35.

Katrin Hattenhauer, »Wir mussten uns dieses Land zurückerobern«. Interview mit K. Iken, Spiegel Online, 04.09.2014.

tigkeiten und mangelndes politisches Engagement bedauert, bei Gedenkveranstaltungen auf, so am 9. November 2009 beim »Fest der Freiheit« vor dem Brandenburger Tor. Als Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung ist sie im Vorstand der Kreisau-Initiative tätig.

Sie initiierte im Oktober 2015 einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den 46 DDR-Bürgerrechtler aus unterschiedlichen politischen Lagern mit unterzeichneten, etwa Ehrhart Neubert, Werner Schulz, Christoph Wonneberger, Ulrike Poppe und Gisela Kallenbach. In ihm heißt es eingangs: »Wir unterstützen Ihre Politik der offenen Grenzen. Wir unterstützen Ihre Flüchtlingspolitik und Ihren Einsatz um der Menschen willen. Mit größtem Respekt sehen wir Ihre feste Haltung zur Aufnahme asylsuchender Flüchtlinge bei uns in Deutschland ... 70 Jahre nach dem Holocaust öffnet Deutschland seine Grenzen und rettet Menschen aus Not und Tod.« Der Brief, der an die Solidarität aller Menschen guten Willens appelliert, die Herausforderungen zu meistern, endet mit den Worten, die auf dem Plakat standen, das Hattenhauer am 4. September 1989 entrollt hatte: »Für ein offenes Land mit freien Menschen«.

erfasst,
verfolgt,
vernichtet.
Kranke und
behinderte Menschen
im Nationalsozialismus
persecuted, annihilated.
and the Disabled
and the National Socialism

// In die Zeit des Nationalsozialismus fällt das dunkelste Kapitel der deutschen Psychiatrie: Hunderttausende psychisch Kranke und Behinderte fielen dem sogenannten Euthanasieprogramm zum Opfer. Psychiater waren maßgeblich an den Verbrechen beteiligt. Doch ihre Fachgesellschaft, die DGPPN, verweigerte sich jahrzehntelang der Aufarbeitung des Geschehens. Die Wanderausstellung »Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus« beendet das Schweigen. Bis zum 11. Mai gastierte die bemerkenswerte Schau im Sächsischen Landtag. //

Ausstellung rückt Euthanasie-Opfer in den Mittelpunkt

»Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und be

Katja Ciesluk



Fotos: O. Killig

»Die DGPPN ist sich ihrer besonderen Verantwortung um die Würde und Rechte der psychisch Kranken bewusst, die ihr aus der Beteiligung ihrer Vorläuferorganisationen an den Verbrechen des Nationalsozialismus, an massenhaften Krankemorden und Zwangssterilisationen erwachsen.« Mit der Aufnahme dieses Bekenntnisses in die Satzung legte die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) 2009 den Grundstein für die Aufarbeitung der eigenen Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus. »Wir sahen es als unsere Pflicht an, uns zu positionieren und Transparenz sowie Offenheit walten zu lassen«, formulierte Prof. Dr. rer. soc. Dr. med. Frank Schneider, damaliger Präsident der DGPPN, den Anspruch, der ihn und seine Vorstandskollegen damals antrieb. »Und wir müssen für die Zukunft daraus lernen«, so Schneider bei der öffentlichen Präsentation der Ausstellung im Sächsischen Landtag am 19. April 2016.



Unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck entwickelte die DGPPN daraufhin in Kooperation mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Stiftung Topographie des Terrors diese bemerkenswerte Ausstellung, die jene Opfer ins Zentrum rückt, die lange am Rande des öffentlichen Interesses und Gedenkens standen: Menschen mit Behinderungen und Nervenkrankheiten.

Mehr als 180.000 Menschen haben die Schau, die vom 30. März bis zum 11. Mai im Sächsischen Landtag gezeigt wurde, seit ihrer Eröffnung im Januar 2014 gesehen. Zuvor war die Ausstellung bereits in einer Reihe von nationalen Einrichtungen wie Landtagen, Gedenkstätten, Kliniken sowie auf internationalen Kongressen zu sehen. Aktuell ist sie bis Anfang 2018 ausgebucht.



«hinderte Menschen im Nationalsozialismus»

Die Ausstellung befasst sich mit den Massenvernichtungen, der Zwangssterilisation und der Ausgrenzung von Behinderten und Kranken während der NS-Diktatur. Bis zu 400.000 Menschen wurden zwischen 1933 und 1945 zwangssterilisiert, mehr als 200.000 Menschen wurden ermordet. Bei der Selektion stand der vermeintliche »Wert« des Menschen als leitender Gesichtspunkt im Vordergrund. Geurteilt wurde nach den Kriterien Heilbarkeit, Bildungsfähigkeit und Arbeitsfähigkeit. Die Schau setzt sich dabei nicht nur mit den Schicksalen der Opfer auseinander, sondern beleuchtet auch das Handeln von Tätern, Tatbeteiligten sowie Opponenten. Schließlich fragt sie explizit nach der Aufarbeitung des Geschehens bis heute.

Auch Sachsen war Tatort

Landtagsvizepräsident Horst Wehner erinnerte im Rahmen der Mißsage am 19. April 2016 im Bürgerfoyer daran, dass die Verbrechen auch mitten in Sachsen in die Tat umgesetzt wurden, so in der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein, wo in den Jahren 1940 und 1941 13.720 psychisch kranke, geistig behinderte und mehrfach behinderte Menschen ermordet wurden, sowie in der psychiatrischen Anstalt in Großschweidnitz, in der fast 6.000 Patienten den Tod fanden. »Es ist und bleibt daher eine der wichtigsten Lektionen der Geschichte, dass sich die Qualität und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft daran messen lässt, wie sie sich gegenüber Minderheiten verhält.«

Exemplarische Biografien geben in der Ausstellung einen anschaulichen Einblick in die Schicksale der Betroffenen. In den Akten der Opfer werden die vielen verschiedenen Akteure fassbar, die an den Verbrechen beteiligt waren. Ihren Blicken auf die Patienten werden deren eigene Äußerungen gegenübergestellt.

Den Schlusspunkt der Ausstellung bilden Äußerungen zahlreicher Personen, die das damalige Geschehen von heute aus reflektieren



und sich aus unterschiedlichen Perspektiven der Frage stellen, welche Bedeutung es für sie persönlich hat: Ärzte, Politiker, Vertreter von Selbsthilfeverbänden, Angehörige von Opfern, Pflegepersonal, Vertreter der Gesundheitsverwaltung und andere.

Die Wanderausstellung, die sich mit den gedanklichen und institutionellen Voraussetzungen der Morde beschäftigt, richtet sich gezielt an ein breites Publikum. Das Christliche Sozialwerk Sachsen, einer der Unterstützer der Ausstellung in Dresden, konzipierte gemeinsam mit Studierenden der TU Dresden sowie Menschen mit Handicap Führungen – z.B. für Schulklassen – durch die Ausstellung im Sächsischen Landtag. »Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Brücken zu schlagen zwischen den Betroffenen und den Besuchern«, so Peter Leuwer, Geschäftsführer des Christlichen Sozialwerkes. »Entscheidend für die Erinnerung ist es, den Besuchern zu vermitteln, was das Gezeigte mit ihnen selbst, mit ihrer Menschlichkeit zu tun hat.«

Die Landdinge der Mark Meißen als gesellschaftlicher Zentralort

Josephine Mey

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Anton Weck, geheimer Sekretär, Archivar und Chronist, verfasste Mitte des 17. Jahrhunderts seine bekannte Dresdener Stadtgeschichte »Der Chur-Fürstlichen Sächsischen weitberuffenen Residentz- und Haupt-Vestung Dresden Beschreib- und Vorstellung«. Darin spricht Weck schon für das Jahr 1185 von einem Landtag. Er meint damit das »Landding« zu Collm, eine Zusammenkunft unter dem Vorsitz Markgraf Ottos des Reichen. Dieses Treffen des Fürsten der Mark Meißen mit den Großen fand auf dem weit sichtbaren Collmberg bei Oschatz statt. Das erste überlieferte Zeugnis erwähnt eine solche Zusammenkunft im Jahre 1185. Das letzte Treffen ereignete sich laut den Quellen 1259 in Collm. Insgesamt 15 Urkunden über die Landdinge sind heute noch vorhanden. Die meisten der originalen Handschriften bewahrt das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden auf.

Wie kam Weck dazu, diese Versammlungen bereits als »Landtage« zu bezeichnen? Er nennt die Landdinge vermutlich aus dem Grund »Landtag«, da in den Urkunden von »placitum« die Rede ist. Das lässt sich mit »Versammlung« übersetzen.

Neue Erkenntnisse aus Zeugenauflistung

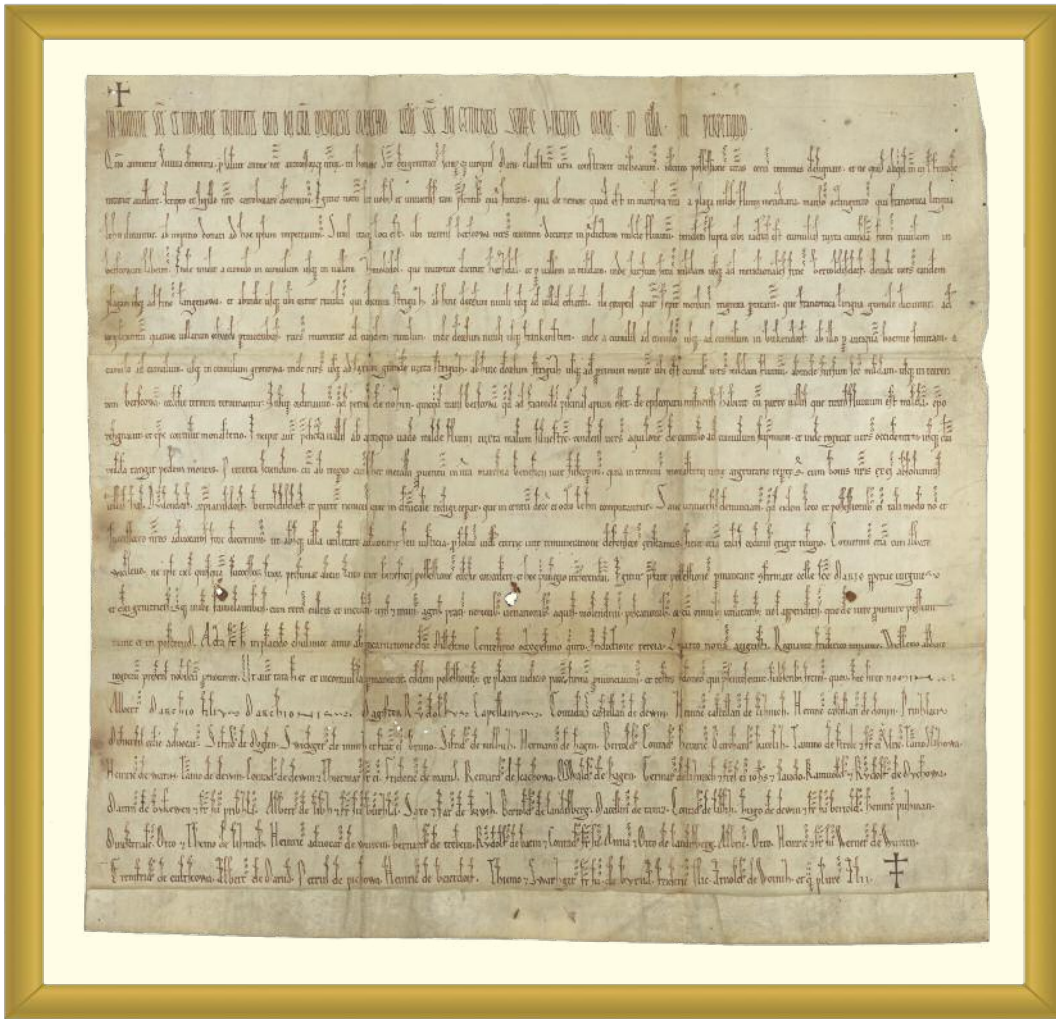
Was auf den Landdingen der Mark Meißen geschah, berichtet beispielsweise eine Urkunde vom 2. August 1185. Sie ist das erste überlieferte Zeugnis über eine solche Versammlung und beschreibt die damals neu festgelegten Grenzen des Klosters Altzelle. Die lateinische Handschrift aus Pergament besitzt alle formalen Merkmale der im Mittelalter weit verbreiteten Urkunde. Sie beginnt mit dem Eingangsprotokoll (Ingress), schließt den Text (Kontext) an und endet mit dem Schlussprotokoll (Eschatokoll). Von großer Bedeutung ist die Zeugenauflistung am Ende der Urkunde. Es werden mehr als 60 Personen erwähnt. Bei diesen Leuten handelt es sich in der Mehrzahl um Männer ritterlichen Standes, sowohl um Edelfreie (seit jeher Adlige) als auch um Ministeriale (ehemals Unfreie, Dienstmannen des Fürsten).

Der Vergleich und die Auswertung der Zeugenauflistungen aller zu den Landdingen vorhandenen Urkunden ergaben neue und interessante Erkenntnisse. Oft spielt die Reihenfolge der Zeugen eine wichtige Rolle und deutet auf Rangunterschiede zwischen

den Besuchern hin. So stehen die hochadligen Burggrafen stets an erster Stelle der Zeugenauflistung. Unter den Titeln castellanus, später prefectus und ab 1200 dann burcgravius tauchten vor allem die Burggrafen von Dohna, Meißen, Leisnig, Altenburg und Döben bei nahezu jedem Landding auf. Es fällt ins Auge, wie häufig und regelmäßig die verschiedenen Burggrafen die Versammlungen besuchten. In dem Moment, in dem sie als Zeugen in den Urkunden auftauchen, stimmten sie den Verhandlungen und den Beschlüssen zu, die in den Urkunden erscheinen. Es ist auch davon auszugehen, dass sie aktiv an den Verhandlungen teilnahmen, die dem Aufsetzen der Urkunde vorausgingen. Mit ihrer Zeugenschaft nahmen sie die Verhandlungsergebnisse an und akzeptierten diese. Dadurch konnten künftige Konflikte vermieden werden. Des Weiteren standen die Burggrafen als autoritäre Funktionsträger mit ihrem Zeugnis für die Durchsetzung der Beschlüsse auch außerhalb der Zusammenkunft. Andererseits war auch der Markgraf daran interessiert, dass diese hohen Adligen auf den Landdingen erschienen.

Da sie seine größten Konkurrenten beim Ausbau der wettini-

schen Macht darstellten, konnte es von Vorteil für den Fürsten sein, dass sie anwesend waren. Dies stellte eine Möglichkeit dar, sich den Beistand der hohen Adligen zu sichern und Absprachen mit ihnen zu treffen. Weitere Zeugen stellte die höhere Geistlichkeit der Mark Meißen. Sowohl Bischöfe als auch Äbte lassen sich in den Zeugenlisten ausmachen. Die Domherren von Meißen waren verhältnismäßig oft auf den Landdingen anwesend. Da auch die Vertreter der hohen Geistlichkeit wie zum Beispiel Bischöfe und Äbte zu den einflussreichen Machthabern in der Mark zählten, ist es nicht verwunderlich, dass auch sie an nahezu allen Landdingen teilnahmen. Als Gelehrte des Lesens und Schreibens stellten sie dem Fürsten ihren Rat zur Verfügung. Damit traf sich bei den Versammlungen der Landdinge alles, was Rang und Namen hatte. Diese Zusammenkünfte bereiteten den Boden für einen kommunikativen und sozialen Austausch zwischen den einzelnen ranghohen Großen der Mark. Daher kann man die Landdinge als einen gesellschaftlichen Zentralort charakterisieren, der die Chance eröffnete, sich über verschiedene Angelegenheiten und Themen zu beraten und auszutauschen.



// Die Urkunde des »Landdings« vom 2. August 1185 in Collm // Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10001 Ältere Urkunden, Nr. 91

kommunikativen Austausch einer auf persönlichen Bindungen und Beziehungen basierenden Gesellschaft. Die Landdinge fungierten als ein Zentrum, in dem eine gesellschaftliche Vernetzung der unterschiedlichen Teilnehmer stattfinden konnte. Das schuf Voraussetzungen, zukünftige Konflikte oder Fehden zu vermeiden beziehungsweise vorhandene Bündnisse zu festigen oder neue zu schließen.

Es ist jedoch problematisch, die hier vorgestellten Landdinge als sehr frühe »Landtage«, wie es Anton Weck tat, zu bezeichnen. Dafür sind verschiedenste Merkmale nicht gegeben. Beispielsweise kann man zu jener Zeit noch nicht von »Ständen«, geschweige denn von Körperschaften reden. Bestimmte Ansätze von Regelmäßigkeit in der Einberufung und Einladung zu einem solchen Treffen lassen sich auch nicht nachweisen. Aus diesen Gründen erscheint die Bezeichnung »gesellschaftlicher Zentralort« für die Charakterisierung der Landdinge am geeignetsten.

Die Landdinge in der Geschichtsforschung

Die Landdinge erfuhren bereits vielfältige Aufmerksamkeit in der sächsischen Landesgeschichtsforschung. Bisher lag der Fokus jedoch eher auf den inhaltlichen Bestimmungen der Urkunden. Besonders die Quelle von 1185 wurde oft im Zusammenhang mit dem im Mittelalter einsetzenden Bergbau diskutiert. Das bloße Beschränken auf die faktischen Festlegungen der Urkunde greift für das Verstehen der als Landdinge bezeichneten Zusammenkünfte aber zu kurz. Wer nur die sachlichen Regulierungen der Urkunden betrachtet, der kommt schnell zu dem Schluss, den der Historiker Herbert Helbig im Jahre 1955 zog. Er ging davon aus, dass diese Zusammen-

künfte eine rein gerichtliche Funktion besaßen. Dieser These liegt aber die anachronistische Annahme zugrunde, dass es im Mittelalter, ähnlich unserem heutigen Verständnis, eine strikte Einteilung in Exekutive, Judikative und Legislative gegeben habe. Dies war jedoch nicht der Fall. Zwar wurden in den Urkunden der Landdinge häufig Rechtsstreitigkeiten geklärt. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Versammlungen nicht auch zu Besprechungen anderer Themen genutzt wurden. Bei einer Zusammenkunft solcher Größe kann wohl davon ausgegangen werden, dass diese Landdinge als ein Zentrum des kommunikativen Austausches über eine Vielzahl von Angelegenheiten gelten können.

Höchstwahrscheinlich behandelten sie nicht nur die in

den Urkunden niedergeschriebenen Rechtsstreitigkeiten, sondern nutzten die Zusammenkünfte auch zu weiteren Gesprächen, Absprachen und Verhandlungen über andere politische Themen. Darauf deuten auch mehrmalige Versprechen der Markgrafen hin, besondere Entscheidungen auf einem baldigen Landding bekannt geben zu wollen.

Die Landdinge als gesellschaftlicher Zentralort

In Anbetracht der regen Teilnahme von verschiedenen einflussreichen Großen der Mark Meißen bei den Landdingen im 12. und 13. Jahrhundert erscheinen diese als Zentralort für den sozialen, gesellschaftlichen und



www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte

Ausstellung

»Sachsen. Land der Ingenieure«

Die nächste Ausstellung im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags »Sachsen.Land der Ingenieure« wird am Dienstag, dem 24. Mai 2016, um 18:00 Uhr offiziell durch Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Staatsminister Markus Ulbig eröffnet. Die Präsentation kann dann bis zum 30. Juni besucht werden. Sie sind herzlich eingeladen.

Foto: R. Deutscher



Besuch des polnischen Senatsmarschalls im Sächsischen Landtag

Der Marschall des Senats der Republik Polen, Stanislaw Karczewski, besuchte mit einer Delegation am 21. April 2016 den Landtag und verfolgte von der Besuchertribüne aus den Auftakt der 33. Plenarsitzung. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler begrüßte die Gäste im Plenum. Am Nachmittag empfing der Präsident des Sächsischen Landtags die Delegation zu einem Gespräch im Ständehaus. Bei dieser Gelegenheit trug sich der Marschall auch in das Gästebuch des Parlaments ein. Karczewski weilte zwei Tage in Deutschland. Auf dem Programm standen neben dem Besuch in Dresden am Folgetag weitere Termine in Berlin. Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte den polnischen Senatspräsidenten in seiner Funktion als Bundesratspräsident nach Deutschland eingeladen.



Dokumentation zum Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« erschienen

2013 hatte der Sächsische Landtag mit der TU Dresden vereinbart, gemeinsam das

Graduiertenkolleg »Geschichte der sächsischen Landtage« ins Leben zu rufen. Dabei geht es seitdem um nichts weniger als eine umfassende und geschlossene Darstellung sächsischer Parlamentsgeschichte. Mitglieder des Geschichtskollegs haben sich vom 28. bis 30. Oktober 2015 im Dresdner Ständehaus zusammengefunden, um den Stand ihrer Forschungsarbeiten vorzustellen und die möglichen Ergebnisse zu skizzieren. Die Dokumentation fasst Inhalte dieser Veranstaltung zusammen.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

26. – 27.05.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

22. – 23.06.2016
11.08.2016
31.08. – 01.09.2016
09. – 10.11.2016
13. – 16.12.2016

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fractionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Veranstaltungen, Besucherdienst und Publikationen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 25.04.2016

Gastautoren: Markus Guffler (Sächsischer Landtag); Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Josephine Mey, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt